

## Gastbeitrag

von Hanspeter Weibel



## Steuerzahler als Milchkuh

■ Letztes Jahr haben wir über die Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) abgestimmt. 51,76 Prozent haben damals Ja gesagt. Immer wieder wurde beteuert, es gehe bei dieser Abstimmung «lediglich» um den Kantonsanteil von rund 1,4 Milliarden Franken. Die von den Gegnern ins Feld geführten weiteren rund 2 bis 3 Milliarden wurden negiert.

Nun steht uns die nächste Runde ins Haus: die Gemeinde-Initiative. Und weitere rund 900 Millionen Franken. Die Gemeinden fordern die Übernahme dieser Ausfinanzierung durch den Kanton. Und zwar nicht nur die Ausfinanzierung der 86 Gemeinden, sondern gleich aller 254 angeschlossenen Arbeitgeber. Einziger Grund der Gemeinden: Wir haben kein Geld. Wie wenn der Kanton welches hätte.

Die Kantonssteuern müssten um rund 20 Prozentpunkte angehoben werden. Da ja 40 Prozent der Bewohner in diesem Kanton keine Steuern bezahlen (müssen), dürfte dies dann ja den anderen 60 Prozent zugemutet werden. Die Gemeinden ihrerseits würden die Initiative nur zurückziehen, wenn der von der Finanzkommission erarbeitete Kompromiss bestätigt würde: rund 300 statt der 900 Millionen. Erpressen und Feilschen sagen die einen, Verhandeln und demokratische Rechte geltend machen die anderen. Folge: Die Kantonssteuern müssten ebenfalls (dauerhaft!) angehoben werden; in vielen Gemeinden aber zusätzlich die Gemeindesteuern.

Einig ist man sich: Es bezahlt so oder so der Steuerzahler. Nur: Es ist ein Unterschied, ob als Gemeinde- oder als Kantonssteuerzahler. Es gibt nämlich Gemeinden, die ihrer Verantwortung nachgekommen sind und einiges bis zu alles bereits als Rückstellungen beim Steuerzahler eingefordert und damit vorgesorgt haben, um die sich seit Jahren abzeichnenden Defizite der BLPK zu finanzieren. In diesen Gemeinden besteht ein hohes Interesse, weder die Variante Gemeinde-Initiative (900 Mio.) noch den Gegenvorschlag der Finanzkommission (300 Mio.) zu unterstützen, sondern zweimal Nein zu sagen.

Denn dann müssen nur noch diejenigen Gemeinden, die bis dato gar nichts oder zu wenig zurückgestellt haben, ihre Steuern anpassen. Bei einem doppelten Nein besteht weder für den Kanton noch die übrigen Gemeinden Handlungsbedarf in Sachen Steuern. Und Gemeindesteuern anheben oder senken geht wesentlich einfacher und flexibler. Bei einem Ja (gleich bei welcher Variante) ist aber garantiert, dass die gleichen Steuerzahler für das gleiche Problem zweimal zahlen.

Und zu guter Letzt sei nicht vergessen: Die Staatsgarantie verbleibt immer noch beim Kanton, obwohl die Vorlage letztes Jahr eigentlich etwas anderes versprach. Dieses Problem ist nach wie vor nicht gelöst. Wetten, es gibt noch eine dritte Finanzierungsrunde.

Hanspeter Weibel, SVP-Landrat, Bottmingen

## Nasenrümpfen wegen Toilette

Dornach Kampf zwischen der Gemeinde und den SBB ist nicht zu Ende



Muss für die Benützung der Toiletten am Bahnhof Dornach-Arlesheim bald bezahlt werden? LUKAS HAUSENDORF

VON LUKAS HAUSENDORF

20 Jahre lang liessen sich die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) den Unterhalt der Toiletten am Bahnhof Dornach-Arlesheim von der öffentlichen Hand bezahlen. Das ist verständlich, weil es doch eine undankbare Aufgabe ist, in einem WC ständig Vandalismusschäden zu beheben. Das kostet nicht nur Zeit, sondern auch Geld. Rund 21 000 Franken mussten die Standortgemeinden Dornach und Arlesheim in den letzten fünf Jahren dafür durchschnittlich ausgeben. Die sanitäre Grundversorgung am meistfrequentierten Baselbieter Bahnhof wollen nun aber doch die SBB übernehmen. Aber nicht ohne sich dafür noch einmal von den Standortgemeinden grosszügig finanziell entschädigen zu lassen.

## Politisches Ärgernis

Der Dornacher Gemeinderat erklärte sich bereits im März 2013 bereit, zusammen mit Arlesheim 26 000 Franken an die Erstellung eines neuen, modernen und rollstuhlgängigen Unisex-WC am Bahnhof zu bezahlen, sofern dieses von der Öffentlichkeit kostenlos benutzt werden kann. Andernfalls müsse man sich in der Unterführung bald die Nase zuhalten, mahnte damals Gemein-

derat Daniel Urech (Freie Wähler Dornach/FWD). Fast ein Jahr ist nun ins Land gezogen, ohne dass die SBB die damals aufgesetzte Vereinbarung unterzeichnet haben. Dafür hat das Bahnunternehmen der Gemeinde nun einen neuen Vertrag vorgeschlagen.

Auf die Forderungen der Gemeinde will man nicht eingehen. Die SBB beharren auf einer Benutzungsgebühr von einem Franken für ihre 100 000 Franken teure «vandalsichere WC-Anlage» aus Chromstahl. Damit würden die Betriebskosten gedeckt, sagt SBB Sprecher Daniele Pallecchi. Diese Praxis werde seit zwei Jahren bei allen erneuerten Toiletten angewendet.

## In Solothurn ist das WC gratis

Das sture Verhalten des Bahnkonzerns stösst dem Dornacher Gemeinderat sauer auf. «Es ist ein ärgerliches Geschäft, aber doch elementar für die Sauberkeit des Bahnhofs», sagt Urech. Er wirft den SBB auch vor, nicht wahrheitsgetreu zu argumentieren. Dem Bauverwalter wurde nämlich mitgeteilt, dass dieses Modell Usus sei und es eigentlich in der ganzen Schweiz keine kostenlosen Bahnhoftoiletten mehr gebe. «In Solothurn kostet es aber keinen Rappen», weiss Urech, der auch dem Kantonsrat angehört. Darum forderte er

an der Gemeinderatssitzung vom Montag entsprechende Nachverhandlungen mit den SBB. Auch FDP-Vertreter Alain Amhof pflichtete ihm bei: «Die Gegenleistung für die 26 000 Franken ist nicht ersichtlich.» Urechs Antrag wurde einstimmig angenommen, obwohl auch Zweifel geäussert wurden, ob die SBB darauf eintreten würden.

## Kein WC-Obligatorium

Denn tatsächlich ist das Unternehmen, das einen öffentlichen Mobilitätsauftrag zu erfüllen hat, nicht verpflichtet, seine Bahnhöfe mit Toiletten auszurüsten. So steht die Gemeinde Dornach in Sachen Verhandlungen über das Bahnhofs-WC ein Jahr wieder auf Feld eins. «Wir haben das Geschäft einmal mehr erledigt, oder eben nicht», ärgert sich auch Gemeindepräsident Christian Schlatter (FWD). Im Unterschied zu Liestal und Laufen will sich Dornach nicht vom fünfstelligen Erstellungsbeitrag abbringen lassen. Dazu besteht auch kein Anlass, solange die SBB die alten, muffigen Toiletten im Nebenhäuschen des Bahnhofs nicht zurückgebaut haben. Für den modernsten Bahnhof der Region, der auch politisch als Vorzeigeprojekt für kantonübergreifende Zusammenarbeit gilt, ist das kein Ruhmesblatt.

## Schul-Entscheid kommt an die Urne

**Wittinsburg** Die Stimmberechtigten entscheiden wohl im Mai über die Kreisschule Homburg. Eine Beschwerde gegen die Gemeindeversammlung weist die Baselbieter Regierung ab.

VON SIMON TSCHOPP

Alles ist rechtens gewesen an der langen und emotionsgeladenen Wittinsburger Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2013, als der neue Kreisschulvertrag mit den Nachbargemeinden genehmigt worden ist. Die Regierung hat eine Beschwerde des Wittinsburger Stimmbürgers Urs Oberli abgelehnt. «Ich bedaure diesen Entscheid», erklärt Oberli. Inhaltlich könne er zum Beschluss noch keine Stellung nehmen, weil er die schriftliche Begründung nicht kenne.

## Kontroverse wegen Flugblättern

Die Gemeindeversammlung von Wittinsburg hatte letzten Dezember über den Vertrag mit den Gemeinden Buckten, Häfelfingen, Känerkinden und Rümelingen über die Kreisschule

Homburg zu befinden. Das Verdikt war klar: 83 zu 24 Stimmen für die Kreisschule.

Anlass zur Kontroverse boten Flugblätter, die Schulrat und Schulleitung der bestehenden Kreisschule Känerkinden-Wittinsburg wenige Tage vor der Gemeindeversammlung in die Haushalte Wittinsburgs verteilt hatten. Darin wurde für den neuen Kreisschulvertrag geworben. Dies rügte Beschwerdeführer Urs Oberli. Schulrat und Schulleitung seien nicht ermächtigt gewesen, an die Bevölkerung zu treten. Weiter machte Oberli Wahlmanipulation geltend.

Der Regierungsrat sieht das anders. Er hält in seinem Entscheid fest, dass sich Schulrat und Schulleitung im Abstimmungskampf äussern durften, da sie gegenüber der Gemeindeversammlung nicht antragstellend sind. Zudem habe im Vorfeld der Versammlung ein umfassender politischer Informations- und Meinungsbildungsprozess stattgefunden. Deshalb seien die Stellungnahmen von Schulrat und Schulleitung «nicht stossend dominant» oder gar «manipulativ» gewesen, meint die Regierung und schreibt weiter: «Schliess-

lich hat die Gemeindeversammlung dem neuen Kreisschulvertrag mit überaus deutlicher Mehrheit zugestimmt. Daher ist es unwahrscheinlich, dass die Gemeindeversammlung anders entschieden hätte, hätte es die Flugblätter nicht gegeben.» Doch Urs Oberli bleibt dabei: «Ich bin weiterhin der Überzeugung, dass die beiden Schreiben kurz vor der Abstimmung seitens der Schulräte und Schulleitung einseitig verfasst waren. Dies verunmöglichte letztlich eine sachliche und objektive Meinungsbildung der Stimmberechtigten.»

## Gemeindepräsidentin erleichtert

Regula Blochwitz, Gemeindepräsidentin von Wittinsburg, freut sich, dass die Regierung den Gemeindeversammlungsbeschluss bestätigt hat. «Für uns ist wichtig, dass wir keine politischen Rechte verletzt haben.» Gegen den Gemeindeversammlungsbeschluss ist nicht nur Beschwerde erhoben worden, sondern im Januar mit 38 Unterschriften auch ein Referendum zustande gekommen. Darüber können die Wittinsburger nun abstimmen. Laut Blochwitz ist der Termin offen, möglich ist der 18. Mai.

## Nachrichten

## Landeskanzlei Kaufmann folgt auf Mäder

Nic Kaufmann wird Zweiter Landeschreiber des Kantons Baselland: Die Regierung hat den 45-jährigen Kommunikationsexperten zum Nachfolger von Andrea Mäder gewählt. Kaufmann werde seine neue Stelle voraussichtlich am 1. Juni antreten, teilte er die Regierung mit. Der in Allschwil wohnhafte Kaufmann ist Abteilungsleiter Behördendienste und Kommunikation der Gemeinde Binningen. Zuvor leitete er im Bundesamt für Umwelt die Kommunikation des nationalen Gebäudeprogramms. Die Zweite Landeschreiberin Andrea Mäder verlässt die Landeskanzlei Ende März. Sie hatte ihre Stelle auf Ende 2013 gekündigt. Um die Leitung in der Übergangszeit sicherzustellen, stellte sie sich jedoch auch für die Zeit nach dem Jahreswechsel zur Verfügung. Bereits im November wählte zudem der Landrat Peter Vetter aus Arlesheim zum neuen Landeschreiber. Er folgt auf Alex Achermann, der nach 20 Jahren als Zweiter Landeschreiber 2011 Landeschreiber geworden war, dann aber für 2014 seinen Verzicht auf eine Wiederwahl bekannt gegeben hatte. (BZ)

## Ziefen Landverkauf zurückgestellt

Der Ziefner Gemeinderat kann eine Baulandparzelle vorläufig nicht an einen Interessenten verkaufen. An der Gemeindeversammlung wurde ein Ordnungsantrag deutlich angenommen, das Geschäft zur Neubearbeitung an die Exekutive zurückzuweisen. Diese muss nun zuerst Kriterien für den Landverkauf definieren. Anschliessend soll das Land ausgeschrieben werden, damit alle eine Chance haben, sich für diese Parzelle zu bewerben. Weiter stimmte die Gemeindeversammlung dem Baurechtsvertrag mit der Genossenschaft Alterswohnungen klar zu. Die Parzelle, auf der Alterswohnungen geplant sind, ist innerhalb der öW+A-Zone umbenannt worden. Die Versammlung folgte diesem Antrag einstimmig. (BZ)

## Heizölpreise

Die bz hat sich bei drei Brennstoffhändlern unserer Region nach den aktuellen Preisen auf dem Heizölmarkt erkundigt. Für gestern Dienstag galten dabei folgende Ansätze und Tendenzen:

Bestellmenge in Litern	Preise in Fr./100 Liter
1500 – 2199	109.80 bis 110.50
2200 – 3000	106.20 bis 106.70
3001 – 6000	105.00 bis 105.50
6001 – 10 000	101.00 bis 103.20

Preise: inklusive MwSt, CO<sub>2</sub>-Abgabe und Transport. Ökoheizöl + CHF 3.- / 100 Liter.

Tendenz: stabil.

Rscan-tpzRL

**HEIZOEL**  
**NEBIKER**  
**061 975 85 00**

**HEIZOEL**  
E. Schenk AG  
Muttenz  
061 465 94 94